



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

「 Geschäftszahl 15.241/3-I/5/83 」

An das
Präsidium des Nationalrates
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

OR. Dr. Schwarzer

Klappe 5078 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

L
「
Betr.: Bundesministerium für Wissen-
schaft und Forschung;
Entwurf einer Novelle zum Kunsthoch-
schul-Organisationsgesetz;
Begutachtung
」

BUNDESGESETZENTWURF	
ZL	29 -GE/1983
Datum: 10. JAN. 1984	
Verteilt: 1984 -01- 12	

franc
Dr. Hüner

Das Bundesministerium für Bauten und Technik beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle zum Kunsthochschul-Organisationsgesetz zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 9. November 1983

Für den Bundesminister:

Dr. Schubert

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Peyerl

**REPUBLIK ÖSTERREICH****BUNDESMINISTERIUM
FÜR BAUTEN UND TECHNIK**

Geschäftszahl 15.241/3-I/5/83

An das
Bundesministerium für Wissen-
schaft und ForschungMinoritenplatz 5
1014 W i e n

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222 / 7500

Name des Sachbearbeiters:

OR. Dr. Schwarzer

Klappe 5078 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 01/1145

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.Betr.: Entwurf einer Novelle zum
Kunsthochschul-Organisationsgesetz;
Begutachtung

zu Zl. 59.005/1-18/83 vom 26. Juni 1983

Das Bundesministerium für Bauten und Technik beehrt sich mitzuteilen, daß der Entwurf einer Novelle zum Kunsthochschul-Organisationsgesetz Anlaß zu folgenden Überlegungen gibt:

Gemäß § 30 Abs. 2 lit. c (Z. 12 des Entwurfes) obliegt der Hochschuldirektion insbesondere (auch) die Evidenzhaltung der der Hochschule zugewiesenen Grundstücke, Gebäude und Räume sowie ihrer Benützung (Benützungsplan), weiters deren Verwaltung und Instandhaltung nach Maßgabe der geltenden Vorschriften über die Verwaltung und technische Betreuung bundeseigener Liegenschaften (Bundesgebäudeverwaltung). Art. III des Entwurfes zufolge ist der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung ausschließlich mit der Vollziehung betraut.

Somit ergäbe sich eine Auslegung, wonach die vorerwähnten, funktionell sogar nach dem ausdrücklich vorgesehenen Gesetzeswortlaut der Bundesgebäudeverwaltung zuzuordnenden Aufgaben in bezug auf die Kunsthochschule in die Zuständigkeit des

./.

- 2 -

Bundesministers für Wissenschaft und Forschung fielen. Dies widerspricht sowohl der Relation zwischen Abschnitt C, Z. 1 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1973 (Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues) zu Abschnitt N, Z. 2 des Bundesministeriengesetzes 1973 (Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre) als auch der bisherigen Praxis.

Ähnliche Überlegungen wurden bereits vor einiger Zeit zu einer relativ gleichlautenden Bestimmung des Universitäts-Organisationsgesetzes angestellt und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ersucht, anlässlich einer geeigneten Novellierung auf eine entsprechende Klarstellung Bedacht zu nehmen. Wenn dies bisher nicht erfolgt ist, sollte die derzeit geltende Fassung des Universitäts-Organisationsgesetzes nicht zum Vorbild für die Novellierung des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes genommen werden, sondern die gewünschte Übereinstimmung der Regelung in beiden Gesetzen dadurch erreicht werden, daß aus Anlaß der nun eingeleiteten Gesetzesnovellierung eine befriedigende Lösung gesucht und diese dann aus Anlaß einer Novellierung auch ins Universitäts-Organisationsgesetz aufgenommen wird.

Im vorliegenden konkreten Anlaßfall könnte eine Klarstellung günstig dadurch erfolgen, daß die vorerwähnte lit.c des Abs. 2 des § 30 auf die Wortfolge "... die Evidenthaltung ... Benützungsplan" beschränkt bleibt und die weiteren Aufgaben der Verwaltung und Instandhaltung als eigene lit.d verankert würden, was dann für die folgenden Litera eine analoge Verschiebung ergäbe. Sodann könnte in der Vollzugsklausel verankert werden, daß mit der Vollziehung des § 30 Abs. 2 lit. d der Bundesminister für Bauten und Technik betraut ist.

./.

- 3 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem
Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Wien, am 9. November 1983

Für den Bundesminister:

Dr. Schuberth

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Komma

